

## **Position der IHK Würzburg-Schweinfurt zur Einführung der E-Bilanz**

Der Gesetzauftrag für eine E-Bilanz lautet eigentlich ganz einfach: Die Bilanzunterlagen, die bisher in Papierform an das Finanzamt geschickt werden, sollen zukünftig elektronisch übermittelt werden. Das Einsparpotential an Bürokratie ist offensichtlich. Umso erstaunlicher ist es, dass das Bundesfinanzministerium in einem 321-seitigen Entwurf detailliert aufgelistet hat, was die Unternehmen alles elektronisch bereitstellen sollen.

Den Unternehmen droht damit ab 2012 eine Vervielfachung des bürokratischen Aufwandes bei der Bilanzerstellung. Mussten kleine Kapitalgesellschaften mit bis zu 50 Beschäftigten bisher in ihrer Bilanz 23 Pflichtfelder ausfüllen, sollen es zukünftig 178 sein – eine Steigerung um fast 700 %. Mittlere und große Kapitalgesellschaften müssen mit einem Zuwachs von 62 auf 178 Pflichtfelder rechnen. Allein der Umstellungsaufwand für Software-Updates, Mitarbeiterschulungen etc. kann in die Milliarden gehen, so erste Schätzungen seitens der Wirtschaft.

Die Finanzverwaltung wird bei der Umsetzung dieses Entwurfes entgegen ihrer ursprünglich geäußerten Absicht massiv in die Buchhaltung eingreifen, da die Unternehmen gezwungen werden, nun deutlich mehr und vor allem neue Konten anzulegen. Der eigentliche Zweck einer Bilanz, die Information im Unternehmen sowie der Gläubiger und Aktionäre, tritt in den Hintergrund.

Die IHK Würzburg-Schweinfurt fordert daher:

- Bürokratieabbau statt Bürokratieaufbau durch Einhalten des ursprünglichen Mottos „Elektronik statt Papier“ – also keine zusätzlichen Informationspflichten aufstellen, sondern die technische Abwicklung regeln,
- ein Verschieben der E-Bilanz um ein weiteres Jahr aufgrund der vielen ungeklärten Fragen und zur besseren Durchführung der Pilotphase,
- vereinfachte Regelungen für den Mittelstand sowie für anschlussgeprüfte Unternehmen (die bereits per Gesetz ständig geprüft werden).

Die E-Bilanz muss zu einer dauerhaften Entlastung der Unternehmen führen.